

Saahnfteiner Tageblatt



Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verfündigungs-
Gefchäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.

Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Ercheint täglich
verträglich. — Anzeigenpreis
die einpaltige kleine Zeile
25 Pfg., auswärtsige An-
zeigen 30 Pfg.

Nr. 144.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schidel
(Inh. Fritz Mohr) Oberlahnstein.

Mittwoch, den 9. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Mohr, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Auf Veranlassung der militärischen Kreisverwaltung weise ich darauf hin, daß es den Einwohnern des Kreises unterlagt ist, sich mit schriftlichen Eingaben direkt an das Armeeoberkommando in Mainz und an die oberste Militärverwaltung des Regierungsbezirks Wiesbaden zu wenden. Sämtliche Gesuche und Eingaben sind vielmehr durch meine Hand an die militärische Kreisverwaltung zu richten, die sie nach Prüfung und etwa erforderlicher Ergänzung unverzüglich an die zuständige Stelle weiterleiten wird.

Sämtliche Gesuche, die an die Dienststellen in Mainz und Wiesbaden direkt gerichtet werden, erleiden in der Bearbeitung dadurch unliebsame Verzögerungen, da sie im allgemeinen unerledigt zurückgegeben werden, mindestens aber vor der Erledigung noch zur Prüfung an die militärische Verwaltung des Kreises gesandt werden müssen.

St. Goarshausen, den 4. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. J a u n.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises

Die Vornahme der regelmäßigen Gemeindefassenprüfung für das 1. Vierteljahr 1918 wird hiermit in Erinnerung gebracht und die Einreichung der diesbezüglichen Protokolle bis zum 25. d. Mts. bestimmt erwartet.

St. Goarshausen, den 7. Juli 1919.

Der Kreisaußschuß.

Der Vorsitzende: J. B. J a u n.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Aufhebung der Blockade.

Rotterdam, 8. Juli. Wie die „Daily Mail“ behauptet, habe das Schiffsamt bereits Befehl gegeben, daß, sofern am Donnerstag die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland angezeigt werde, die Blockade gegen Deutschland am Samstag früh im vollen Umfange wieder aufgehoben werde. Monds in London nimmt seit Freitag zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges wieder Versicherungen für Schiffsfrachten nach deutschen Häfen an.

Der Prozeß gegen den Kaiser.

Rotterdam, 8. Juli. „Times“ meldet: „Der Prozeß gegen Wilhelm II. beginnt noch im September. Ein englisches Kriegsschiff wird den Kaiser von Holland nach London bringen. Voraussichtlich nimmt der Kaiser im Tower Wohnung bis zu seiner Aburteilung.“

60 deutsche Generäle als „Angeklagte“ in Paris.

Genf, 8. Juli. Das „Echo de Paris“ will wissen, daß die Prozesse gegen die deutschen Generäle in Paris durchgeführt werden würden. Paris würde dann, so sagt das Blatt, das Schauspiel erleben, etwa 60 deutsche Generäle als Angeklagte zu sehen. Der erste Prozeß gegen die Mitglieder des deutschen Generalstabes würden Ende September vorgehen.

Paris, 8. Juli. Wie aus London gemeldet wird, befinden sich in der Liste der deutschen Persönlichkeiten, die abgeurteilt werden sollen, u. a. folgende Namen: Prinz Rupprecht von Bayern wegen Deportationen in Lille, Roubaix, Tourcoing und anderen Orten, von Madens wegen Diebstählen, Niederbrennungen und Hinrichtungen in Rumänien, General von Bülow wegen Brandstiftung und Ermordung von 100 Gefangenen, Baron von Lancken wegen Hinrichtung von Ritz Cavell und Kapitän Fryatt, von Cavell wegen Verbrechens des Unterseebootkrieges, Leutnant Werner, Major Valentiner und Kapitanleutnant Förstner wegen Versenkung von Hospitalschiffen, von Mantuffel wegen Niederbrennung von Dörfern, Major von Bülow wegen Zerstörung von Archiven und Hinrichtung von 460 Gefangenen.

Oesterreich soll besser behandelt werden.

Bern, 8. Juli. Wie der Pariser Korrespondent der „Exchange Brief“ erzählt, ist die Ueberreichung des deutsch-österreichischen Friedensvertrags infolge einer vollständigen Aenderung in der Haltung der Alliierten gegenüber Deutsch-Oesterreich verzögert worden. Um Deutsch-Oesterreich nicht in die Arme Deutschlands zu treiben, sei eine vollständige Revision der territorialen Klauseln sowie eine Revision der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen vorgesehen.

Änderungen in Italien.

Bern, 8. Juli. Die Regierungsbefehle über die Vorschreibung der Lebensmittel und Bedarfsartikel ha-

ben in den meisten Städten Italien zu einer Beruhigung geführt. Nach den hier vorliegenden Zeitungsmeldungen sind Unruhen größeren Umfangs nur in Mailand und Turin vorgekommen, wo zahlreiche Geschäfte geplündert wurden. Die Bürgermeister haben auf Grund der ihnen verliehenen Vollmacht bei Strafe sofortiger Konfiskation der Waren eine Ermäßigung der Preise um 50 Prozent angeordnet.

Oberschlesien fordert amerikanische Besetzung.

Oppeln, 8. Juli. Die etwaige Absicht des Verbandes, das Abstimmungsgebiet durch die Haller-Armee zu besetzen, findet überall energische Zurückweisung. In Beuthen, Rybnitz und Kattowitz fanden Kundgebungen aller Parteien für die amerikanische Besetzung statt.

Die Ausstände der Eisenbahner.

Frankfurt (Main), 8. Juli. Aus dem Eisenbahnerstreikgebiet Hannover kommen Nachrichten über den ersten Einfluß des Streiks auf unsere Nahrungsmittelversorgung. Der den allein in Frankfurt beschäftigten Eisenbahnarbeitern durch die Streiklage entgangene Arbeitsverdienst beläuft sich auf 520 000 Mark. Der der Allgemeinheit zugefügte Schaden dürfte ein Vielfaches dieser Summe betragen.

München, 8. Juli. Das Verkehrsministerium gibt bekannt, daß durch den Streik in Breslau der Bezug schlechter, durch die Streiks in Mainz und Frankfurt o. M. derjenige westfälischer Kohlen unterbunden sei und mit der Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs gerechnet werden müsse, falls es nicht gelingen sollte, auf Umwegen Kohlen zu erhalten.

Berlin, 8. Juli. Ausständische Eisenbahnarbeiter im Direktionsbezirk Hannover haben an verschiedenen Stellen Waggons auf offener Straße abgelassen und stehen lassen, um jeden Transport unmöglich zu machen. Ebenso haben sie die Arbeiter aus den Stellwerken herausgeholt. Der Bahnhof Hannover ist infolgedessen militärisch besetzt worden, desgleichen der Bahnhof in Lehrte.

Die Streiklage.

Dortmund, 8. Juli. Das Generalkommando hat die Bildung eines außerordentlichen Gerichts in Dortmund angeordnet und die in Belagerungszustand erklärten Gebiete von Dortmund, Stadt und Land, Hamm, Stadt und Land, und Hörde, Stadt und Land, ihm zugewiesen.

Hannover, 8. Juli. Ueber Hannover ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Hamburg, 8. Juli. Die Hamburger Hafenarbeiter sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten.

Berlin, 8. Juli. Die Ausichten auf Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs in Berlin haben sich wieder verschlechtert. In vier Streikverhandlungen beschlossen heute die Angestellten, den Ausstand zu verlängern, bis die Unternehmer mit annehmbaren Vorschlägen an die Streikenden herantreten seien.

Verschiedene politische Nachrichten.

Düsseldorf, 7. Juli. Die deutsche Waffenstillstandskommission ist heute nachmittag hier eingetroffen.

Frankfurt (Main), 8. Juli. General Mangin hat für sich und seinen Stab in Königstein im Taunus Quartier machen lassen. Er selbst wird in der Villa der Baronin Rothschild wohnen. Offenbar soll das Hauptquartier der französischen Besatzungstruppen während des Sommers nach Königstein verlegt werden.

Berlin, 8. Juli. Dem Danziger Magistrat liegt ein Antrag vor, der die Aufnahme einer Millionen-Anleihe in Amerika fordert. Die Amerikaner haben in Danzig bereits viele Lager zur Unterbringung von Waren gemietet.

Krisis oder Kompromiß.

Was augenblicklich im Staat und Reich vor sich geht, kann nicht aufmerksam genug verfolgt werden, um so mehr als wir dabei mehr als bei allen anderen Fragen interessiert sind. Im der Frage der Bildung von Einzelstaaten und der damit eng zusammenhängenden Frage der konfessionellen Schule treten die Parteigegensätze wieder einmal scharf zu Tage, so scharf, daß die Sprengung des Regierungsbloks in nächste Nähe gerückt ist.

Das Zentrum hat beantragt, im Artikel 18 der Verfassung über die Neubildung von Staaten: Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen, das Wort „verfassungsändernd“ zu streichen, um die Vereinfachung einzelner Landesverträge durch ein einfaches Reichsgesetz zu erreichen. Ein Reichsgesetz kommt im Reichstag und im Reichsrat durch einfache Stimmenmehrheit zustande, zu einem „verfassungsändernden“ Reichsgesetz sind im Reichstag und im Reichsrat zwei

Drittel der Stimmen notwendig. Das Zentrum beruft sich nun darauf, diese Zweidrittel-Mehrheit werde infolge des Widerstandes der an ihrem Gebietsbestand interessierten Länder Preußen und Bayern im Reichsrat niemals zustande kommen. Witherin sei beispielsweise die „Rheinische Republik“ im Namen des Deutschen Reiches auf legalem Wege nicht zu erreichen. Damit aber gebe der Artikel 18 den sogenannten „Aktivisten“ im Rheinlande neuen Antrieb die auf illegalem Wege das Rheinland (im Rahmen des Reiches) selbständig machen wollen. Die Sozialdemokraten, die an den Kompromißverhandlungen beteiligt sind, sind nicht geneigt, das Wort „verfassungsändernd“ ohne Gegenwärtigkeit fallen zu lassen. Erstreulicherweise scheinen die verantwortlichen rheinischen Zentrumsmitglieder ebenfalls der Ueberzeugung zu sein, daß inmitten der Auflösungsstendenzen in unserem unglücklichen Vaterlande nicht noch weitere Schranken unseres staatlichen Zusammenlebens fallen dürfen. Aus diesen Andeutungen sind die Grundlinien der Verhandlungen zu erkennen, die zurzeit in Weimar über den Artikel 18 gepflogen werden, und zwar leidenschaftlos und mit alseitigem Bemühen, zu einer Verständigung zu kommen, die nun einmal notwendig ist, wenn das Reich nicht schweren Schaden nehmen soll. Daß neben diesen Verhandlungen auch die über die Schulfrage einhergehen, erleichtert die Verständigung natürlich nicht. Es handelt sich um Schwierigkeiten, wie sie — abgesehen von der Friedensfrage — nur selten ein Parlament beschäftigen werden.

Während noch vor einigen Tagen in der Schulfrage eine gewisse Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten möglich schien, sind die Ausichten seit Sonntag nachmittag, so schreibt der rheinische Wg. Sollmann, auf den Nullpunkt gesunken. Der Vorstand der preussischen Zentrumsfraktion, der seit Samstag in Weimar weilt, hat der preussischen Regierung ein Ultimatum gestellt, sie müsse entweder ihre beiden Schulgesetzentwürfe zurückziehen oder das Zentrum sprengen den Regierungsbloß in Preußen. Die sozialdemokratischen Minister Preußens lehnen es ab, sich zu fügen. Man ist der letzten Entscheidung dadurch ausgewichen, daß man das Schulunterhaltungs-gesetz das für den Dienstag auf der Tagesordnung der Preussischen Landesversammlung stand, einstweilen abgesetzt hat. Das bedeutet natürlich nur eine kurze Verschiebung der Entscheidung.

Die Deutschnationalen haben beantragt, den umstrittenen Satz im Artikel 18 in der Verfassung zu streichen und, falls ihr Antrag abgelehnt wird, das ganze Verfassungswerk in den Ausschuß zurückzuverweisen, damit dieser den einheitlichen Reichsgedanken verwirklicht. Die Entscheidung darüber, ob man Oberschlesien die Autonomie gewährt, ist noch nicht gefallen. Für Oberschlesien liegen die Verhältnisse insofern anders, als über seine Staatszugehörigkeit durch eine vom Friedensvertrag vorgesehene Volksabstimmung entschieden werden soll, was für die Rheinlande nicht zutrifft.

(Es ist nach oben eingegangenen Drahtmeldungen zu einem neuen Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gekommen. Siehe letzte Nachrichten. D. Red.)

Die Erhöhung der Postgebühren.

Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Bestelldienstes hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einammlung der Postsendungen zu erhöhen. Vom 10. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden:

Für die Einbestellungen bei Voranzahlung durch den Absender für jede Briefsendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 50 Pfg., im Landbestellbezirk 1 Mk.; für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pfg., im Landbestellbezirk 1,50 Mk.; für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mark. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilo einschließlich 30 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern zweiter und dritter Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kilo einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 30 Pfg., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilo einschließlich 20, für jedes schwerere Paket 40 Pfennig; für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 Mk., für jede Sendung 10 Pfg., für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mark für jede Sendung 20 Pfg. Für die Einammlung von Einschreibungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pfennig; für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pfennig, im Landbestellbezirk bis 2½ Kilo einschließlich 20 Pfg. und für schwerere 40 Pfg. für jede Sendung. Außerdem wird vom 1. Oktober ab ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pfennig für jede wöchentliche Abtragung eines Stüdes erhoben.

Einfuhr von Rohstoffen und Waren aus dem unbefestigten deutschen Gebiet.

Nach Mitteilung der Administration des Distrikts Wiesbaden erfahren die seither bestandenen Bestimmungen über Einfuhr von Rohstoffen und Waren verschiedener Art aus dem nichtbefestigten Deutschland mit sofortiger Gultigkeit weitere Erleichterungen. Es können von jetzt an ohne Einholung besonderer Einfuhrerlaubnis in das von der französischen 10. Armee besetzte Gebiet aus dem nichtbefestigten Deutschland wieder eingeführt werden:

1. Lebende Tiere,
2. Tierische Produkte, Häute und Felle,
3. Rohstoffe, die für die Industrie notwendig sind.

Unter vorstehende Titel entfallen beispielsweise folgende Artikel:

Leere Verpackungen, Flaschen, Wolle, Seide, Cocons, rohe, frische oder getrocknete Felle, Federn, Hörner und Rückstände von Hörnern, Knochen und Haare, Borsten, Lein und Gelatine, Fajern, Fett, Wachs, ferner

- a) Oele und Pflanzenöle.
- b) Hölzer und Nebenprodukte.
- c) Bebauern und Bebauern.
- d) Verschiedene Produkte und Abfälle, z. B. Heide, Seife, industrielle Oele und Fette, Lumpen, Stroh, Flaschen, Hüllen, Pech, Ruß, Druckerfchwärze, Zellulosemasse, Rundhölzer u. a.
- e) Steine, Erden und mineralische Brennstoffe.
- f) Chemische Erzeugnisse.
- g) Gläser und Kristalle.
- h) Papiere.
- i) Metalle und Legierungen (außer Eisen und Stahl).

Kommunale Reform.

Wir haben seit Jahr und Tag von schlechten Zeiten gesprochen, — daß sie ernst und schwer sind, wissen wir recht eigentlich erst jetzt. Politisch und wirtschaftlich haben wir zu sorgen und was heute noch offensichtlicher Leichtsinn ist, kann morgen schon zur Tragik ausgehen. Ueber Erdteile und Staaten hinweg wird die „neue Zeit“ auch im kleinsten Gemeinwesen sich bemerkbar machen und nicht etwa nur, wie man immer in erster Linie anzunehmen geneigt ist, in pekuniärer Gestalt, — gewiß, auch das wird schmerzhaft empfunden werden, aber vieles von dem, was wir als ersten Bestandteil unserer kommunalen Verwaltung betrachten und was sich auf ideellem Gebiete vorfindet, wird uns vielleicht noch viel schmerzlicher an jene schöne — wir können jetzt ruhig sagen, gute, alte — Zeit erinnern. Während uns bisher immer das aus fabelhafteste beschäftigte, was wir in Angriff nehmen, was wir schaffen wollten, wird es jetzt oftmals sich darum handeln, was wir unterlassen sollen, um der kommenden schweren Zeit gerecht zu werden. Und auf kommunalem Gebiet wird sich das am stärksten bemerkbar machen. Hier wird es sich künftig weniger um Reformen, hier wird es sich um eine Reform an Haupt und Gliedern handeln, die aber wohl auch den Bürger wahrnehmen dürfte, der bisher vielleicht nur bei Wahlen einmal (und dann womöglich mit Furcht abgeholt) seinen Bürgerstimme dokumentierte. Wir waren gewöhnt, nach Magistrat und Polizei zu rufen, wenn uns eine Lungenprüfung angebracht erschien, — wir werden kleinlaut werden, wenn wir sehen, was alles über uns dahin brausen wird. Daheim haben wir das mit uns allein abzumachen, im Gemeinwesen tragen wir es miteinander und deshalb müssen wir auch miteinander dieser Reform folgen, die kommen muß. Nicht um eine Reform von oben herab wird es sich handeln, niemand wird sie anordnen höheren Orts, von innen heraus wird sie kommen und sich ganz von selbst den Stadtvätern aufdrängen und nicht Halt machen an der Rathauschwelle, sondern das gesamte Bürgertum wird lokalpolitisch werden müssen, wo es früher oft lokalpatriotisch wurde, was anscheinend bequemer war. Die Bierbankpoli-

til, die sich insonderheit auf kommunalem Gebiete stark auszuwirken im Begriffe war, wird weichen müssen, denn innerhalb des Magistrats wird man mit Papier und Bleistift des öfteren eine Schonung aufzumachen genötigt sein, die jetzt erst manchem kommunale Begriffe lehren und reformerischen Geist erkennen lassen wird. Die Gegensätze werden in den Anschauungen nicht schwinden, denn der eine wird den Tanz in dieser ersten Zeit gänzlich überflüssig finden und der andere wird nicht genug an Vergnügungssteuern daraus ziehen können. Wenn sich die Gegensätze nur in dieser Richtung bewegen, dann sollen sie gelten, dann wird sich ein Weg finden, weil der Wille dazu durch die harte Notwendigkeit bedingt wird, wo abhemmen ein böser Wille im Hintergrunde lauerte. Heute ist jeder Bürger an allen kommunalen Vorgängen ganz besonders interessiert, er achte auf! Die Zeit des Schwadronierens ist vorbei, die Aera der Taten ist angebrochen. Jede neue Vorlage bedeutet eine Reform des Althergebrachten, denn zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag! Jetzt dürfen auch die vielfach überlebten Bürgervereine oder wie sie sonst geheißen haben mögen noch einmal Auferstehen feiern, aber nicht etwa um irgend welche Wahlmanöver durch eine Flagge zu decken, sondern um in gemeinsamer Arbeit mit dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium die Dinge vorzubereiten, wo die breite Strömung der öffentlichen Meinung schon im vorwieg eingedämmt werden kann, bevor sie Abbröckelungen verursacht, die immer die Wasser trüben. Reform drüben und haben, eine feste Hand in der Führung auf beiden Seiten, aber nicht eigeninnige Machtstellung oder hinterlistige Politik. Gewöhnen wir uns daran, daß in eine neue Zeit ein neuer Adam einziehen muß und daß am kommunalen Bürgertum die staatsbürgerliche Erziehung hochrankt. Je besser wir verstehen, uns selbst gründlich zu reformieren, je größer der Vorteil auf Seiten der kommunalen Reform!

Unser Los.

Von Dr. Granenberg (Düsseldorf.)

Der uns auferlegte Frieden zwingt jeden einzelnen sowohl als sämtliche Berufsgruppen, das ihnen dadurch beschiedene Los einer Prüfung zu unterziehen und danach ihre Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. Das Los des einzelnen wird auch unter den neuen Verhältnissen ein verschiedenartiges sein u. bleiben; eine Gleichmacherei ist nicht möglich, ebenso wenig oder noch weniger als früher. Jeder einzelne sowohl als jede Gruppe schmiedet ihr Los selber. Gemeinsam für alle ist nur das eine: Arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten, um die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden. Ein anderes Mittel gibt es nicht mehr, um unser wirtschaftliches Los zu verbessern. Haben wir früher vielleicht ein Drittel des 24 Stunden-Tages auf die Arbeit verwandt, so werden wir für die Zukunft erheblich mehr davon aufwenden und intensiver arbeiten müssen. Denn nur durch Arbeit allein ist es uns möglich, unsere Ernährung zu sichern, die Kriegslasten zu tragen und eine Neubildung unseres Volksvermögens zu erlangen.

Auch unsere Gegner werden in die gleiche Notwendigkeit verkehrt werden, auch sie werden mehr Arbeit als bisher leisten müssen, wenn auch nicht in gleichem Umfange als wir. Letzten Endes kommt es darauf an, wer die beste und billigste Arbeit liefert, um auf dem Weltmarkt die besten Ergebnisse zu erzielen und damit sich und sein Land zu bereichern. In Deutschland hat sich nun aber seit den Novembertagen 1918 ein Paroxysmus schlimmster Art bemerkbar gemacht; man glaubt sein Los ohne Arbeit verbessern zu können. Die „Sozialisierung“ des Wirtschaftslebens hat diese Meinung hervorgerufen; sie ist als Schlagwort in die Masse geworfen worden, und die Masse ist darauf — hereingefallen, schlimmer als jemals auf ein Schlagwort. Auch heute glauben noch viele an die Möglichkeit der „Sozialisierung“, d. h. nach ihrer Auffassung an

die Möglichkeit der Verringerung der Arbeit, ja zum Teil sogar an eine Lebenshaltung ohne Arbeit. Die Väter der „Sozialisierung“ rücken aber von dem Gedanken selbst schon weit ab und verleugnen ihr Kind. Verschiedene führende Sozialdemokraten haben mir auf Befragen selbst erklärt, daß das Wort „Sozialisierung“ nur ein Schlagwort und in die Praxis des Wirtschaftslebens nicht zu überlegen sei, ohne alles zu ruinieren, so u. a. vor wenigen Tagen noch ein maßgebender Führer dem ausländischen Sozialdemokratie.

Auch jüngst erst auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Weimar haben drei sozialdemokratische Minister je eine verschiedene Auffassung über „Sozialisierung“ kundgetan und damit ebenfalls ungewollt zugestanden, daß es nur ein Schlagwort sei, und daß das Los der Masse durch Sozialisierung nicht verbessert werden könne. — Aber ein solches Schlagwort, sagt mir ein maßgebender Sozialdemokrat, sei nötig gewesen, um die Masse zu fanatisieren!

In Wirklichkeit suchen flardenkende Führer der Sozialdemokratie die Massen auch schon wieder in andere Geleise zu bringen. Die Masse fühlt das zum Teil schon instinktiv heraus, und daraus erklärt sich dann auch zum Teil ihr Zulauf zu den Unabhängigen, weil viele im Kommunismus noch eine Rettung für ihre Auffassung der Sozialisierung erblicken; man glaubt, daß sich durch eine Zertrümmerung des ganzen Wirtschaftslebens die damaligen Versprechungen noch durchführen lassen, und daß sie dadurch ihr Los verbessern könnten.

Die Arbeit, die allein das Los verbessern kann, wird dagegen vernachlässigt und zwar in einem solchen Umfange, daß bereits der Leiter des Nahrungsmittelwesens der Entente, der Amerikaner Hoover, darauf hingewiesen hat, daß die Arbeitslosigkeit in Europa eine solche Intensität und einen solchen Umfang erreicht habe, daß sie Amerika veranlassen müsse, sehr ernst zu prüfen, ob und wie weit es Europa noch helfen könne. Ein Europa, das so wenig arbeite, wie es heute geschehe, könne von dem amerikanischen Ueberflusse nicht ernährt werden, selbst wenn jeder Amerikaner 15 Stunden am Tage arbeite. Die Amerikaner könnten keine finanziellen Mittel vorstrecken, keine Kredite einräumen, damit die Leute in Europa leben könnten, ohne zu arbeiten, oder nur dann und wann zu arbeiten. Deutschland sei ganz besonders darauf angewiesen, wegen seiner Kriegslasten zur Arbeit zurückzuföhren, und selbst wenn das geschehe, so müsse man trotzdem mit der Möglichkeit rechnen, daß 10—12 Millionen, also ein Fünftel der Bevölkerung (!), genötigt seien auszuwandern, um dem wirtschaftlichen Drucke zu entgehen, der selbst im günstigsten Falle über sie kommen werde.

Hier schildert uns ein Ausländer unser Los in trüben Farben, und doch hat der Mann leider Recht. Jeder einzelne und die Berufsgruppen mögen daraus die Folgerungen ziehen. Aber auch ebenso unser Wirtschaftsministerium! Wenn dieses glaubt, das Los der Deutschen durch eine Fortsetzung der Zwangswirtschaft verbessern zu können, so greift es gründlich daneben und bringt ungezählte Einzelexistenzen und weite Wirtschaftsgruppen in eine weit schwierigere Lage, als wenn es das Wirtschaftsleben von allem Zwange löste. Jede Hemmung des Wirtschaftslebens muß beseitigt und zwar schleunigst beseitigt werden, wenn unser Los sich noch einigermaßen erträglich gestalten soll, und wenn nicht die besten Kräfte dem Vaterlande durch Auswanderung verloren gehen sollen. R. R. R.

Aus Stadt und Kreis

Oberlahnstein, den 9. Juli.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag nachmittag 6 Uhr im Rathausaale statt. Auf der Tagesordnung stehen neben anderen wichtigen Punkten die Erhöhung des Gaspreises und der Kreissteuern, Aufhebung des Bräudenbes und Wohnungswesen

seiner Frau für sein Tun und Lassen verantwortlich gewesen.

Wie aber sollte er einst vor seinem Kinde dastehen, der fremde Lorbeeren an sich gerissen, der von dem Gelde seiner Frau lebte und überhaupt eine Scheineigenschaft führte.

Sein Gesicht wurde erdfahl, seine Lippen blaß wie die eines Toten. Mit dieser Möglichkeit hatte er gar nicht mehr gerechnet. So schlecht und unwert wie in dieser Stunde war er sich vorher nie erschienen.

Mit weit geöffneten Augen sah Thunelda auf ihren Mann. Ihre Arme lösten sich von seinem Halse. „Reinhold!“ rief sie fast ächzend, „Reinhold!“

Da kam er zu sich, begriff, daß er sich so unbeherrscht nicht geben lassen durfte.

Mit leidenschaftlicher Heftigkeit küßte er seine Frau.

„Liebste, Einzige, wie groß wäre unser Glück, wenn — wenn ich auf eigenen Füßen stände! Aber so — fürchte ich — vor den klaren, fragenden Blicken unseres Kindes werde ich die Augen senken müssen — die Scham wird mich erdrücken.“

Er taumelte, seine Knie zitterten, trugen ihn nicht mehr. Wie gebrochen, mit gestütem Kopf, sah er da.

Thunelda aber atmete auf. Sie setzte sich auf seinen Schoß und streichelte sein kurzgeschneittenes Stoppelhaar.

„Du hast mir einen furchtbaren Schreck eingejagt, Reinhold, das mußt du von nun an vermeiden, unseres Kindes wegen, für dessen geistige und körperliche Entwicklung wir von Stund an mit treuer Elternpflicht sorgen müssen, unermüdet, ohne Aufhören. Und vor diesem Wesen, welches durch uns Liebe und immer wieder Liebe erfahren wird, dem wir jeden Kummer, den es uns vielleicht bereitet, im voraus verzeihen, kommt dein Selbstvertrauen ins Wanken? Ich bitte dich, Reinhold, das ist doch Wahnsinn! Täglich bewundere ich deine Ausdauer, dein kühnes, unermüdetes Streben, und du fühlst dich so klein und gedemütigt! Bist du denn nicht stolz auf deine Kunst, deine neueste Arbeit dort?“

(Fortsetzung folgt.)

Glühender Lorbeer.

Roman von H. Seyffert-Klinger.

(Nachdruck verboten.)

Marion sah in höchstem Staunen von einem zum anderen. Sie konnte sich die Worte, die Freude ihrer Schwägerin nicht erklären. Was gab es denn? Seit langer Zeit schon hatte sie mit keinem Blick die Leinwand auf der Staffei gestreift, ersten, um Beestow nicht zu beschämen, dann aber auch, weil sie ihn, wie schon gesagt, nicht mehr ernst nahm.

Jetzt tat es ihr leid, so gleichgültig gewesen zu sein. Hatte Beestow die Absicht, einen neuen Betrug in Szene zu setzen?

Sie warf die Stickerei auf den Tisch und sprang auf, schaute und schaute, als erblicke sie ein Wunder.

Das war sie, mit dem blumengeschmückten Kopf, wie sie mehr als ein Duzend Male dort gesehen. Und ein wirkliches Kunstwerk stand vor ihr, seine minderwertigen Pflücker.

Ja, wenn Beestow das gemalt hatte, dann war er ja ein Künstler, der zu Großem berufen ist.

Noch wie betäubt schaute sie ihn an, fragend, zweifelnd, und doch schon nahezu überzeugt.

Er verstand sie sofort. Sein Herzschlag stockte, Unbeschreibliches ging in ihm vor. Seine Augen wurden feucht in der Erinnerung an die Qualen, an die ungeheure Ausbittung von Willenskraft, welche ihn dieses Gemälde gekostet.

„Gefällt es dir, Marion?“ fragte er flüsternd.

„Es ist sehr schön, ein echtes Kunstwerk.“ Gräbelnd sah sie zu Boden. Dann ging sie hinaus, um Tee zu bereiten und dem Ehepaar Zeit zum Alleinsein zu geben.

Marions Anerkennung läßt zu wünschen übrig, meinte Thunelda ihren Mann küßend, „findest du ihr Benehmen nicht seltsam? Mißgönnt auch sie dir deine Kunst?“

Heftig schüttelte er den Kopf. „Welch absurder Gedanke!“

Er konnte Marion verstehen, hatte er doch sehr wohl bemerkt, daß sie monatelang ostentativ an seiner Leinwand vorbeigesehen. Sie hatte von seiner Kunst nichts mehr erwartet und traute ihren Augen noch nicht.

Ihm aber war wohl und leicht ums Herz, wie seit langem nicht. Er hatte jetzt den Beweis erbracht, daß er fähig war, eine beachtenswerte Arbeit zu schaffen.

Freilich, was ihm vorgeschwebt, war schöner, großartiger gewesen, er hatte es nicht erreicht. Auch daß sein Bild nicht so vollwertig wie Lindens Signora, war ihm völlig klar. Aber immerhin, er konnte stolz auf seine Arbeit sein, und das war er auch.

Das Gemälde war ein Blender, es würde viel Beifall finden, das wußte er, der abschließende Krieger, interessierte, die Ausführung konnte als wohl gelungen bezeichnet werden.

Er fühlte sich wieder als Mensch, frohbewegt umarmte er seine Frau und küßte sie. „Ich habe dich arg vernachlässigt im letzten Jahr, mein Liebling. Aber ich mußte jede Ablenkung vermeiden, um ein gutes Bild fertigzubringen. Du siehst nun, daß es nicht gerade zu den Annehmlichkeiten gehört, die Frau eines berühmten Mannes zu sein.“

„Ich habe das viele Alleinsein oft genug bitter empfunden, aber es ist alles vergessen, Liebster. Du wirst auch zugeben, daß ich dich nicht mit Rechtshaberei und kleinlicher Eifersuchtlosigkeit gequält, sondern mich tapfer gezeigt habe.“

„Ja, Thussi, zu meinem Glück. Wäre es anders, so hätte ich nichts fertiggebracht. Wer es ernst nimmt mit seiner Kunst, soll von Rechts wegen ledig bleiben; denn sie ist eine sehr eiferliche Geliebte.“

„Die ich aber gern neben mir dulde,“ lachte Thunelda; dann küßte sie ihren Mann und flüsterte ihm ihr süßes Geheimnis ins Ohr.

Die Wirkung war doch anders, als sie erhofft.

Beestow stand zunächst wie erstarrt. Die ganze Wucht der begangenen Schuld wälzte sich plötzlich mit Zentnerlast auf seine Seele. Bisher war er nur sich selbst und

Eine Mutterberatungsstunde findet morgen nachmittag von 4 1/2 Uhr ab in der Freiheit vom Kreisgericht statt.

Fleischkartenausgabe. Die neuen Fleischkarten kommen morgen von 9—12 und 3—6 Uhr zur Ausgabe. Nicht abgeholte Karten werden am Samstag von 9—12 Uhr ausgegeben.

Teigwaren werden morgen auf Nr. 71 der Lebensmittelkarte, und Heringe und Marmelade im freien Verkauf ausgegeben.

Unbezahlbaren Regen brachten uns die Gewitter, die gestern morgen schon in aller Frühe und am Abend über unserer Stadt zum Ausbruch kamen. Die größten Freude nicht nur der Landwirte, sondern auch der übrigen. Diesmal werden die erheblichen Regenmengen wohl endlich ins Erdreich eingedrungen und von nachteiliger Wirkung auf das Wachstum sein.

Ein- und Ausfuhrscheine. Die Handelskammer zu Wiesbaden weist in Ergänzung der Bekanntmachung in Nr. 6, Ziffer 98, der „Nachrichten für Industrie und Handel des Handelskammerbezirks Wiesbaden“ darauf hin, daß nach neuer Bestimmung die von der Section Economique in Mainz erteilten Transportgenehmigungen nicht mehr einen Monat, sondern 3 Monate von dem Genehmigungsdatum an gerechnet, gelten.

Handelsverkehr mit England. Der „Daily News“ zufolge, hat die englische Regierung gestattet, daß in England befindlichen Filialen deutscher Firmen wieder eröffnet werden, und daß der private Telegramm- und Handelsverkehr zwischen den deutschen Handelshäusern und ihren englischen Filialen ungehindert vor sich gehen soll.

Zuckermarkt und Zuckerpriß. Der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat in seiner letzten Sitzung der Erhöhung des Zuckerprißes um 1,50 für den Zentner gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten zugestimmt. Es wurde in der Sitzung nochmals mitgeteilt, daß Einmachzucker in diesem Jahr nicht ausgegeben werden kann.

Kann ein Kind vom Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden? Mit dieser Frage hatte sich in den letzten Tagen das Schöffengericht in Höchst zu beschäftigen. Im Vorort Sindlingen hatte ein Kind längere Zeit mit Wissen und Willen seiner Eltern den Religionsunterricht nicht besucht. Auf Antrag des Vaters erhielt der Vater des Kindes ein Strafmandat wegen wiederholter ungerechtfertigter Schulverweigerung seines Kindes. Der Vater legte Berufung ein und das Gericht sprach auf Grund der Verfügung vom 25. April den Angeklagten frei, ohne auch nur in die Zeugnisauswertung einzutreten. (Höchst. Kreisbl.)

Reiche Rufernte. Die Obstbäume haben in diesem Jahre einen so reichen Fruchtanfang wie seit Jahrzehnten nicht. Die Äpfel hängen nicht nur paarweise, sondern dreizehn an den Ästen bis zu äußersten Spitzen.

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsschädigter. Wir verweisen an dieser Stelle nochmals besonders auf den Aufruf in der heutigen Nummer, die noch nicht organisierten Kriegsschädigten dringend ihren Beitritt sofort der Geschäftsstelle anzuzeigen. Wir können für das besetzte Gebiet der Provinz Westfalen nur durch die Geschäftsstelle Niederlahnstein helfen.

Braubach, den 9. Juli. Das Amtsgericht ist an das Fernsprechnetz angeschlossen und kann unter Nr. 47 angerufen werden.

Aus Nah und fern.

Weizenthurm, 8. Juli. Marschall Koch nahm an Befehlsüberlieferungen für den General Koch teil. Er nahm persönlich den Befehl über die Truppen, die die Ehrenwache bildeten, und verließ dort dem kommandierenden General der 10. französischen Armee, Mangin, das Kreuz der Ehrenlegion, die höchste Ordensauszeichnung in Frankreich.

Kreuznach, 8. Juli. Ein mit 2 Offizieren besetztes Auto kam in der Lützenstraße zum Absturz. Einer der Offiziere konnte sich durch einen klugen Sprung im letzten Augenblick retten. Der Apparat, der auf die Drähte der elektrischen Straßenbahn fiel, und diese zerriß, explodierte und war in Brand, wodurch der zweite Offizier schwere Brandverletzungen erlitt. Der Straßenbahnverkehr war durch den Unfall längere Zeit gestört. — Die Militärbehörde verbietet die Schmückung der Häuser oder das Beflaggen anläßlich der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen. Auch ähnliche Kundgebungen sind untersagt.

St. Johann, 8. Juli. Der Grenzverkehr zwischen dem Saargebiet und Lothringen ist wieder eröffnet. Auf dem St. Johanner Wochenmarkt erschienen, wie zu alter Zeit, die Lothringer Bauern mit Rindern, Eiern und Butter zu wohlfeilen Preisen, wie man sie in den letzten Jahren nicht mehr gewohnt war.

Wiesbaden, 8. Juli. Das Schwurgericht verurteilte die Täter Minnich und Bod — der letztere stammt aus dem Kreis St. Goarshausen — wegen Raubmordes, begangen an dem Apotheker in Rheinauen, zum Tode und drei Jahren Zucht.

Köln, 7. Juli. Ueber das Einkommen der Kellnerin Kabaretts gab eine Gewerbegerichtsverhandlung Aufschluß. Der Vertreter des Beklagten machte geltend, daß nach dem eingegangenen Tarif rund 39 000 Mark zu zahlen müßte. Keiner der Kellner gebe abends nach dem Essen mindestens 100 Mark als Trinkgeld vereinnahmt. Das Durchschnittseinkommen seiner Kellnerin betrage 6000 Mark monatlich. Diese Angaben wurden nicht bestritten, aber der Witte wurde trotzdem verurteilt, die Kellnerin die Hälfte zu zahlen.

Porz. Mitgliediger Bürgermeister. Am 1. Juli trat Bürgermeister Pütz „wegen erschütterter Gesundheit“ in den Ruhestand. Damit, so bemerkt hierzu die „Rhein. Post“, findet eine unruhige Zeit unserer Bürgermeisterei ihr vorläufiges Ende. Es hatte sich in den letzten Jahren eine solche Mißstimmung gegen den Bürgermeister angebahnt, daß in den Tagen der beginnenden Freiheit vorigen Herbst zwei öffentliche Versammlungen zu der Bürgermeisterei-Stellung nahmen und zu fast einstimmiger Forderung der Absetzung gelangten. Von Abordnungen an die Regierung in Köln wurde stets dieselbe Forderung erhoben. Es wurden Untersuchungen angestellt, der Staatsanwalt beschäftigte sich mit dem Fall, aber es wurden die Verhandlungen hingezogen. Bürgermeister Pütz war früher Sekretär der Regierung in Köln.

Essen, 8. Juli. Die große Fleischvergiftung. Von den nach dem Genuß von Hammelfleisch erkrankten Personen ist bisher eine gestorben, verschiedene schweben noch in Lebensgefahr. Wie das Bürgermeisteramt mitteilt, hat die Untersuchung des Fleisches, die sofort am Samstag nach dem Bekanntwerden der ersten Vergiftungserscheinungen vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt Essen angestellt wurde, ergeben, daß in dem Fleisch und in der Wurst Bacillusbazillen enthalten sind.

Lezte Nachrichten.

Weimar, 8. Juli. Da der bisher von den Sozialdemokraten gestellte Vizepräsident der Nationalversammlung, Schulz-Distpreußen, zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern ernannt worden ist, tritt an seine Stelle der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Redakteur der Breslauer Volkswacht, Löbe.

Berlin, 8. Juli. Für alle diejenigen, die als Führer des Deutschtums in den letzten Monaten hervortraten, ist eine polnische Amnestie vorgesehen, auch für diejenigen, die sich im besetzten Gebiet befanden und mit bewaffneter Hand dem Eindringen der Polen standhielten, wird volle Freiheit gewährt werden. Der Austausch der Kriegsgefangenen wird vorbereitet. Die deutschen Volksräte werden ausdrücklich anerkannt.

Stockholm, 8. Juli. Der Ausstand der Drucker hält zwar weiter an, trotzdem erscheinen seit Montag alle bürgerlichen Zeitungen in vermindertem Format. Der Ausstand wird als erste Kraftprobe der schwedischen Volkswirtschaft aufgefaßt. Die unfähigen, den deutschen Spartakiden nachgeahmten Lohnforderungen können nur von Blättern erfüllt werden, die sich von Unterstützungen mit russischen Rubeln nähren.

New York, 7. Juli. Die New Yorker Times meldet: Die Börse stand unter dem Eindruck von Berichten über den bevorstehenden Abschluß einer amerikanischen Milliardenleihe für Deutschland.

Der Friedensschluß.

Weimar, 8. Juli. Der Nationalversammlung ist nunmehr die Vorlage des Gesetzes über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den Verbandsmächten zugegangen. Sie besteht aus zwei Artikeln, von denen Artikel 1 lautet: Dem am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und dem dazu gehörigen Protokoll sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Befreiung der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Der Artikel 2 lautet: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dem Gesetz sind in der Anlage die Friedensbedingungen in deutscher, französischer und englischer Sprache mit samt dem erforderlichen Kartenmaterial beigegeben.

Das Kompromiß über die Schule.

Weimar, 8. Juli. Das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Nationalversammlung ist heute vorbehaltlich der Zustimmung der beiden Fraktionen zwischen den Verhandlungs- und Führern festgelegt worden. Danach soll die konfessionelle Schule in dem bisherigen Zustand in den Ländern erhalten bleiben und bis zur Regelung durch Reichsgesetz durch ein Sperrgesetz gesichert werden. Die Möglichkeiten, Privatschulen zu errichten, sollen bestehen bleiben. Im Gegensatz zu dem bestehenden Zustand darf bei der Errichtung von Privatschulen die Bedürfnisfrage nicht mehr aufgeworfen werden. Vorbedingung bleibt nur die Erfüllung der technischen Voraussetzungen. Dagegen sollen Privatschulen nur dann errichtet werden dürfen, wenn nur so die Sicherheit konfessioneller Minderheiten gewährleistet wird. Von anderer Seite wird über das Kompromiß noch mitgeteilt, die Artikel 143 bis 146 sollten in dem Sinne umgeändert werden, daß die Erteilung von Religionsunterricht von dem freien Willen der Lehrer abhängt, und die Kinder nicht ohne Einwilligung der Eltern zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden dürfen. Der Religionsunterricht soll in Übereinstimmung mit dem Grundgesetze der betreffenden Religionsgesellschaften erteilt werden. Mit diesen Maßgaben soll die Regelung der konfessionellen Schule wie bisher durch Landesgesetz erfolgen. Die Privatschulen bedürfen als Ersatz für öffentliche Schulen der Genehmigung des Staates und unterstehen dem Landesgesetz. Sie sind in der Regel zugulassen, insofern ihr Lehrziel, ihre Einrichtung und die Lehrkräfte hinter den öffentlichen Schulen nicht zurückbleiben. Private Vorschulen sind nach der Vereinbarung unzulässig.

Die Steckung Wiffells unhaltbar.

Weimar, 8. Juli. Das Kabinett hat schon längst das Bestreben gehabt, seine wirtschaftliche Auffassung klarzustellen. Infolgedessen hat es heute den Reichsminister

Wiffell aufgefordert, seine Gedanken und sein Programm über die Planwirtschaft vorzutragen. Wie wir hören ist im Kabinett keiner der Anwesenden dem Wiffellschen Programm beigetreten, so daß damit die Stellung Wiffells unhaltbar wurde. Der Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen Fragen im Kabinett wird fortgesetzt werden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der derzeitige Ernährungsminister Robert Schmidt der Nachfolger Wiffells werden würde unter Beibehaltung seines gegenwärtigen Ressorts, das dann dem Reichswirtschaftsamt unterstellt würde.

Die Niederlage der Planwirtschaft.

Weimar, 8. Juli. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wiffell, steht, wie wir hören, unmittelbar bevor. Das Kabinett ist zwar in seiner heutigen Beratung über die Wirtschaftsfragen zu keinem bindenden Entschluß gekommen, hat sich aber darauf festgelegt, daß Versuche mit einem neuen Wirtschaftssystem unter neuen Umständen gemacht werden können. Der Nachfolger Wiffells im Kabinett wird wieder ein Sozialdemokrat sein.

Eine neue Beamtenenergungszulage.

Berlin, 8. Juli. Der deutsche Beamtenbund, in dem mehr als 1 1/2 Millionen Beamten organisiert sind, hat vor einigen Tagen einen Ausschuß nach Weimar entsandt, um mit dem Reichsministerium über die Forderungen der Beamten zu verhandeln. In einer Besprechung, zu der sämtliche Reichsminister erschienen waren, erklärte Reichsministerpräsident Bauer, die Regierung sei grundsätzlich einverstanden, in Zukunft über alle Beamtenfragen ausschließlich mit der Organisation zu verhandeln. Der Reichsminister des Innern David, legte dar, daß die unausgesetzte Vermehrung des Einkommens der Beamten nichts helfen könne, und daß sie mit einer Herabsetzung der Preise Hand in Hand gehen müsse. Darauf teilte Reichsfinanzminister Erberger mit, daß die Regierung sich entschlossen habe, außer den 1 1/2 Milliarden, die zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise verwendet werden sollen, noch 500 Millionen auszuwerfen, um auch die Preise für alle Bedarfsartikel herabsetzen zu können und so weiter zur Erleichterung der Lebensbedingungen beizutragen. Ministerpräsident Bauer kündigte darauf noch an, daß die Beamten in der nächsten Zeit, wahrscheinlich Anfang oder Ende September, eine neue Teuerungszulage, die allerdings die Höhe der früheren Zulagen nicht erreichen würde, zu erwarten hätten.

Bekanntmachungen.

Diejenigen, welche Saatgetreide

beziehen wollen, können sich bis
Donnerstag, den 10. Juli
auf dem Rathaus Zimmer Nr. 1 melden.
Oberlahnstein, den 5. Juli 1919.
Der Magistrat.

Teigwaren

werden am Donnerstag, den 10. d. Mts. auf Nr. 71 der Lebensmittelkarte verkauft.

Marmelade und Heringe

im freien Verkauf.
Oberlahnstein, den 9. Juli 1919.
Der Magistrat.

Fleischkartenausgabe.

Die neuen Fleischkarten werden am Donnerstag, den 10. Juli 1919, vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr im Rathaus Zimmer 1 gegen Vorlage der Lebensmittelkarte und der alten Stammkarten ausgegeben. Die an diesem Tage nicht abgeholten Karten werden am Samstag, den 12. Juli, vormittags von 9—12 Uhr ausgegeben.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Lebensmittelstelle.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bezugsscheine für Kohlen etc. innerhalb 8 Tagen verfallen, wenn diese nicht bei dem Händler eingelöst werden. Andernfalls sind diese bei der unten genannten Stelle einzuliefern und werden dann aufgeschrieben. Nach abgelaufener Frist erfolgt keine Entschädigung mehr.

Ortskohlenstelle Oberlahnstein.

Brille.

Am Donnerstag, den 10. Juli 1919 werden für die Buchstaben S, J, R und L Brillebezugsscheine für diejenigen ausgegeben, die seit dem 1. Mai 1919 noch keine Brennstoffe erhalten haben.

Die Lebensmittelkarten sind mitzubringen.

Oberlahnstein, den 9. Juli 1919.

Die Ortskohlenstelle.

Die Ortskohlenstelle ist nur von 2—5 Uhr nachm. geöffnet.

Einladung zur Stadtverordnetenversammlung

am Freitag, den 11. Juli, nachmittags 6 Uhr

im Rathausfoale.

Tages-Ordnung.

1. Wahl des Schiedsmanns.
2. Erhöhung des Gaspreises.
3. Erhöhung der Kreissteuern.
4. Vergütung für amtliche Bekanntmachungen im Tageblatt.
5. Aufhebung des Bräutigams.
6. Wohnungswesen.
7. Mitteilungen.
8. Geheime Sitzung.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung:

D. Dender.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner nun in Gott ruhenden lieben Gattin, unserer lieben, guten Mutter, Frau

Magdalene Dehe geb. Preß

sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Familie Franz Dehe.

Niederlahnstein, 9. Juli 1919.

Haut- und Geschlechtsleidende

frühes Erscheinen. — Schnelle Heilung.
Krätze-Heilung in 18 Stunden. Herwölfe Schwäche. Blut-
untersuchung nach Dr. Wapernmann. Harnuntersuchungen.

Spezial-Heil-Institut Heinrich Specht.

Telefon 1824 COBLENZ, Burgstr. 6 I. Stod
Sprechstunden: 9-12 von 8-6 u. 8-9 Uhr abends.
Sonntag 9-12 von 2-4.

Regenschirme

für Herren und Damen

offert zu billigsten Preisen

Jos. Schumacher.

Empfehle hiermit dem geehrten Publikum
meine nach der Neuzeit eingerichtete

Deilmühle.

Für reelle Bedienung wird garantiert.
Del u. Kuchen kann sofort mitgenommen werden.

Eröffnung am 21. Juli.

**Peter Ant. Salzig,
Camp a. Rh. 44.**

Täglicher Eingang in

Leinen und Baumwollwaren
Hemdentuchen, Hemdenbieber
bedruckter Boile, bedruckten Satins
Futterstoffen für Damen- und Herrenschneiderei
Wilh. Dürselen Inhaber: **Wilh. Rohe**
St. Goarshausen a. Rh. [625]

Großes Lager in

Herren- u. Knabenmützen
in bester Ware und sauberer Verarbeitung in vielen Stoffarten
Rudolf Neuhaus, Braubach.

Rheumatismus

Wirkung, Magen-, Darm-, Leber-,
Nierenleiden usw. werden mit gutem Erfolg behandelt von

Joh. Mohr,

Gemüthlicher Heilhand-
ger Cobl.-Mittelrhein, Trierer-
straße 128. Haltestelle Wäbe-
nacherstraße. [767]

Sprechstunden: Mittwoch und
Freitag, von vorm 9-12 und
nachmittags 2-5 Uhr.
— Sonntags von 2-4 Uhr. —

Kleiner, schwarzer

langhaar. Hund

angekauft **Wilhelmstr. 39**

Ein Schlafzimmer

mit 2 Betten zu verkaufen. Rh.
Niederlahnstein, Gostr. 3.

Geld in jeder Höhe
monatl. Rückzahlung
verleihen sofort
H. Blume & Co. Hamburg 5.

Gallensteine

Leber-, Magen-, Darm-,
Lungen-, Nieren-, Blut-
armut, Haut-, Zucker-
krankheit

wurden schnell und dau-
ernd beseitigt — ohne
Gifte! ohne Operation! —

J. Bastian, Pfaffendorf

Emserstr. 187 (Haltestelle
Gaswerk) Telefon 1457.
Sprechst.: Vorm. 9-12,
nachm. 3-5 Uhr, nur an
Werktagen. [1217]

Bei Hautjucken

Flechte, Krätze, auch
Beingeschwüre sof. schreiben.

Kostenfreie Auskunft

Hugo Heinemann

Hornhausen bei Ocherleben.

Rückmarkte erwünscht. [1228]

Reine Saanen-Ziege

und 9 Stück [1291]

selten schöne Ferkel

zu verkaufen bei

Schreinermeister Hymms,
Dimmighofen.

2 sehr schöne 4 Monate

alte

Ziegenlämmer

zu verkaufen

Rud. Thomas, Martinsmühle

Braubach [1291]

Neuer

Gehrockanzug

zu verkaufen

Näheres: Geschäftsstelle. [1308]

Glücke mit 10 Kühen

zu verkaufen. **Niederlahnstein,**

Emserstraße 58.

Kleines Zimmer

mit od. ohne Bett u. ohne Koi

in St. Goarshausen ges. für Mit-

bewohner ruh. Mieter, da nur

einige Tage der Woche zu Hause

u. meist auf Reise bin. Angeb.

und Preis abzugeben bei **Hüm-**

berger, Gastw. Hasenbach. [1302]

2 bis 3 Zimmer

Wohnung

gesucht in Oberlahnstein.

Ein Kriegsbeschädigter.

Gest. Offert. a. d. Geschäftsst.

Zwei Zimmer

(Wohn- und Schlafzimmer) an

besseren Herrn zu vermieten

Mo sagt d. Geschäftsst. [1320]

Nebenbeschäftigung

sucht jungferntöchterin evtl. Bei-

schreiben von Büchern oder

schriftl. Heimarbeit. (Schreib-

maschine vorhanden.)

Angebote unt. Nebenbeschäf-

tigung an die Geschäftsstelle

d. Blattes erbeten. [1313]

Schreinergefelle

gejucht Josef Bayer, Osterpai.

Sportverein

Oberlahnstein.

Die Spieltunden finden
Dienstags und Freitags
und zwar auf dem leihweise
zur Verfügung gestellten
Grundstücke des Herrn Faust
auf der „Wolfsmühle“ statt.
Um zahlreiches Erscheinen
bittet
der Spielführer.

Verreist

Dr. med. P. Friedhofen

Facharzt

für Ohren-, Nasen-, Halskrank-

Coblenz, Böhlstraße Ecke

Kirchstraße. [1258]

Taschen- Fahrpläne

— gültig ab 1. Juni —

empfiehlt a 30 Pfg.

Papierhaus

Ed. Schickel.

la gekochtes

Leinöl

empfiehlt

Drogerie zum gold. Kreuz

Jos. Trennhauser

Oberlahnstein [1237]

la neue

Zwiebel

per Pfund 75 Pfg. empfiehlt

Wilh. Jonas.

Winter-Spinat

Feldsalat, Rübsamen

jedes Quantum lieferbar empf

Wilh. Hölzel,

Samenhandlung, Niederlahnstein

Emserstraße 68.

Fußbodenöl

(Mineralöl)

empfiehlt

Franz Döhl,

St. Goarshausen.

Feldgrane [412]

Kleidungsstücke

färbt in passende Farben um

Färberei Bayer.

Kräftiger aufständiger

Junge

kann in die Lehre treten

Brot- und Feinbäckerei

Adam Wagner, St. Goarshausen.

Darüber auch ein sauberes,

Rechtiges

Dienstmädchen

gesucht. [1303]

Zuverlässiges

Mädchen [1312]

zum 15. 7. nach Oberlahnstein

gesucht. Wohnung bei Frau de

Woy, Coblenz, Mainzerstr. 93.

Ich suche für meinen kleinen

Haushalt bei hohem Lohn ein

tüchtiges

Zweitmädchen.

Frau Eschelbacher, Coblenz

Kaiser Friedrichstraße 31 [1321]

Schneidergefelle

gesucht von **Johann Häuß,**

Niederlahnstein.

Eine gute

Fahrrad

zu verkaufen bei

Christ. Bernhardt, Nahe. [1304]

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist bei Nr. 17 des
sach- und Kreditverein e. G. m. b. H. zu Camb
getragen worden:

Anstelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes **Heinr.
Josef Kloss** ist Kaufmann **Georg Bauer** zu Camb
in den Vorstand gewählt worden.

St. Goarshausen, den 26. Juni 1919.

Das Amtsgericht.

Verdingung.

Zur Instandsetzung von Ortsstraßen in Eschbach

den am

Freitag, den 18. Juli d. Js. mittags 1 Uhr

in meinem Amtszimmer öffentlich vergeben

Frei Kleinbahnhaltestelle Gemmerich anzuliefern:

1. 76 cbm fertiger Kleinschlag von 3-4 cm Korngröße

2. 10 cbm Grubenkies zu Bindematerial

3. 50 cbm gestiebter Rheinbagger sand zum Rinnenpflaster

4. 22,5 cbm zugerichtete Rinnenpflastersteine

5. 4 Stück Zementbeton-Einschallschächte von 60 cm l. B.

und 1,0 m Höhe

6. 4 Stück gußeiserne Schachttrahmen mit Rost

Schächte von 60 cm l. B.

7. Vorstehende Baustoffe von Kleinbahnhaltestelle **Gem-**

merich nach Eschbach anzufahren und

8. 148 qm Rinnenpflaster anzufertigen.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht

Eschbach, den 8. Juli 1919

Der Bürgermeister.

Bürger Oberlahnsteins und Umgegend.

Alle diejenigen, welche dem Consum- und Spar-
verein Coblenz u. Umgegend, Filiale Oberlahnstein
beitreten wollen, werden gebeten, sich an die unten an-
geführten, in der Versammlung gewählten Be-
trauensleute, zwecks Ausfüllung der Beitrittskarte
wenden zu wollen.

Herrn **Heinrich Roos**, Fräulein **Ernst**

August Alp, Ostallee 27

Franz Huchstein, Burgstr. 20 b

Ernst Denzer, Adolfsstr. 44 I

Hannu Herchenbahn, Mittelstr. 34

Albert Böwenstein, Mittelstr. 15 I

Peter Born, Braubacherstr. 4

Heinrich Diehl, Mittelstr. 40

Hermann Fenge, Wilhelmstr. 49 I

Franz Kolligs, Wilhelmstr. 14

Heinrich Feyerabend, Mittelstr. 29

Karl Bonn, Burgstr. 26 b

Josef Ludwig, Münchgasse 2.

Nach Aushändigung der Mitgliedskarte sind

Mitglieder zum Einkauf in den Verkaufsstellen des Con-

sums und Sparvereins Coblenz und Umgegend be-

tigt bis zur Eröffnung der Verkaufsstelle in Oberlahn-

Achtung!

An sämtliche nichtorganisierte Kriegsbeschä-
digte des besetzten westlichen Teiles
Provinz Hessen-Nassau.

Der Provinzialverband für das rheinische Gebiet
des besetzten Teiles der Provinz Hessen-Nassau ist
Der Beirat für die Provinz ist gebildet. Es ergibt
an sämtliche nicht organisierte Kameraden aller Kreise
besetzten westlichen Teiles der Provinz Hessen-Nassau
ruf, sich in ihrem eigenen Interesse nur diesem Be-
durch dessen hiesige Geschäftsstelle anzuschließen. An-
deren Neugründungen zc. in unserer Provinz sind un-
aufsichtlos und in keiner Hinsicht in der Lage eure wirt-
lichen Interessen wirksam zu vertreten.

Die Geschäftsstelle für sämtliche Kreise des be-
westlichen Teiles der Provinz Hessen-Nassau befindet
5. d. M. in **Niederlahnstein**. Leiter derselben ist
rad **Josef Killian**, Vorsitzender der Wirtschaftl. Be-

rat Kriegsbeschädigter Niederlahnstein, an welchen
oder mündlich alle Anmeldungen zu richten sind.
nichtorganisierte Kriegsbeschädigte in größerer Anzahl
einer Gemeinde in Frage kommen, wird derselbe
maß persönlich am Plage die Aufnahme bewirken.

Infolge der Zeitverhältnisse ist kostenlos, unent-
Anschluß aller nichtorganisierten Kriegsbeschädigten
Die Aufnahmen für die Provinz werden nur bei
Geschäftsstelle bewirkt.

Sprechzeit des Leiters ist an Wochentagen von
Uhr nachmittags, an Sonntagen von 2-4 Uhr.

Die Geschäftsstelle (für Hess.-Nass.) des Prov.-Be-

Erntestricke und Garbenbind

eingetroffen

Christian Wloghardt, Braubach